

Angst um die Vormachtstellung

Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus

Rebekka Blum

Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Antifeminismus – eine alte Ideologie und ihre Rolle in modernen Kämpfen um Gleichheit«

Ausgangspunkt der Forschung

Antifeminismus ist ein vielfältiges Phänomen. Mit dem Begriff lassen sich bspw. sexualisierte Hetze gegen FLINT* (Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans *) im Internet, Proteste gegen Bildungspläne, die das Ziel haben, die Akzeptanz sexueller Vielfalt zu stärken, aber auch terroristische Anschläge wie in Halle und Christchurch 2019 sowie in Oslo/Utøya 2011, bei denen Antifeminismus ein Teilmotiv war, fassen. Dies zeigt, dass es bedeutend ist, Antifeminismus als eigenständiges Phänomen und Forschungsthema zu verstehen. Denn Antifeminismus ist zum einen Kernelement (extrem) rechter Ideologien, zum anderen gesellschaftlich breit anschlussfähig. In diesem Sinne hat sich in jüngster Zeit eine interdisziplinär angelegte Forschung zu Antifeminismus entwickelt.¹ Der Blick der bisherigen Forschung ist jedoch noch immer selten überblickend und hat keinen Fokus auf historische Kontinuitäten.

Um Antifeminismus als eigenständiges Phänomen zu erforschen, Antifeminismus im Verhältnis zu anderen Phänomenen untersuchen zu können und aktuelle antifeministische Varianten in einem größeren Zusammenhang antifeministischer Entwicklungen zu begreifen, habe ich in meiner Masterarbeit eine bis dahin noch fehlende Theoretisierung von Antifeminismus mit Blick auf historische Entwicklungen vorgenommen.² Mit der Arbeit konnte ich antifeministische Kontinuitäten seit dem Kaiserreich

¹ Als Beispiele für die Entstehung eines eigenen Forschungsbereichs Antifeminismus ist bspw. auf das interdisziplinär ausgerichtete Forschungsprojekt „Reverse“ an der Universität Marburg (2017–2020) hinzuweisen: <https://www.uni-marburg.de/de/genderzukunft/forschung/reverse> (Zugegriffen: 08.01.2021). Ausgehend von dem Forschungsprojekt ist im November 2020 ein Sammelband mit dem Titel *Antifeminismen. »Krisen«-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?* erschienen (Henninger, Birsl 2020).

² Die Masterarbeit wurde im Rahmen der FORENA-Nachwuchspreisverleihung (Forschungsbereich Rechtsextremismus und Neonazismus) der Hochschule Düsseldorf ausgezeichnet. In überarbeiteter Version wurde die Masterarbeit mit dem Titel *Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus* im Frühjahr 2019 bei marta press veröffentlicht.

aufzeigen, die im aktuellen Forschungskanon oft nicht gesehen oder negiert werden.³ Die Grundlage meiner Arbeit war die systematische Aufarbeitung der wissenschaftlichen, publizistischen und aktivistischen Literatur zu Antifeminismus in Deutschland. Zeitlich lag der Fokus auf Antifeminismus im Kaiserreich und auf antifeministischen Entwicklungen seit 1990. Die zeitliche Eingrenzung ergab sich daraus, dass Antifeminismus als Begriff zum ersten Mal im Kaiserreich verwendet wurde und die Untersuchung der Geschlechterbilder und Einbindung von Frauen im Nationalsozialismus aus meiner Perspektive einen verwandten, aber eigenen Forschungsbereich darstellt. Darüber hinaus wurde Antifeminismus in der Zeit zwischen 1945 und 1990 noch nicht näher erforscht. Der Untersuchung von Antifeminismus in Westdeutschland zwischen 1945 und 1990 gehe ich daher in meiner Dissertation am Institut für Soziologie der Universität Freiburg nach. Den Forschungsbereich grenzte ich bewusst auf Deutschland ein. Zum einen, weil sich feministische Bewegungen und Gegenreaktionen in unterschiedlichen Ländern verschieden entwickelten. Zum anderen, weil Antifeminismus in Deutschland regelmäßig mit völkischem Denken und der Ideologie der „Volksgemeinschaft“ in Verbindung steht. Inwiefern sich völkisches Denken auch im Antifeminismus anderer Länder finden lässt, muss an anderer Stelle untersucht werden.

Im Folgenden zeichne ich zentrale antifeministische Entwicklungen, Varianten und AkteurInnen⁴ im Kaiserreich und seit 1990 nach. Anschließend zeige ich antifeministische Kontinuitäten seit dem Kaiserreich auf und leite aus dieser gemeinsamen Betrachtung eine ausführliche Definition von Antifeminismus mit Blick auf historische Kontinuitäten ab.

Antifeminismus im Kaiserreich

Der Begriff ‚Antifeminismus‘ tauchte erstmals im Kaiserreich auf und beschreibt die Gegenbewegung zur aufkommenden Frauenemanzipation. Maßgeblich geprägt wurde der Begriff von der Publizistin Hedwig Dohm, die in ihrer 1902 veröffentlichten Streitschrift *Die Antifeministen. Ein Buch der Verteidigung* (Dohm 1902) die GegnerInnenschaft zur Frauenbewegung analysierte. Ute Planert, die zu Antifeminismus im Kaiserreich promovierte, zeigt auf, dass sich als Reaktion auf die sich entwickelnde Frauenbewegung und das Aufbegehren von Frauen gegen ihre soziale Stellung eine soziale Bewegung entwickelte, die das Ziel hatte, Emanzipationsforderungen von Frauen abzuwehren und die alleinige Vorherrschaft der Männer im öffentlichen Leben zu verteidigen. Der Höhepunkt dieser Bewegung war 1912 erreicht, als sich der *Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation* gründete (Planert 1998, S. 14).

Als AkteurInnen des Antifeminismus im Kaiserreich erkennt Planert u.a. Teile der evangelischen Kirche. Hier setzten sich am Vorabend des 1. Weltkrieges nach verschiedenen Richtungsstreitigkeiten antifeministische Einflüsse durch (Planert 1998, S. 51). Planert arbeitet außerdem heraus, dass die Sympathien gegenüber der Frauenbewegung seitens liberaler und bildungsbürgerlicher Akteure häufig dann endeten, wenn es um die Forderung nach politischer Mitbestimmung ging (Planert 1998,

³ Auf der Unterseite des von einem Redaktionsteam und als Wiki organisierten Diskursatlas zu Antifeminismus wird der Antifeminismus im Kaiserreich bspw. als gänzlich anders ausgerichtet dargestellt als aktuelle Ausformungen: http://www.diskursatlas.de/index.php?title=Antifeminismus#Geschichte_des_Antifeminismus (Zugegriffen: 08.01.2021).

⁴ Ich nutze im Artikel verschiedene geschlechtergerechte Sprachvarianten. Grundsätzlich nutze ich den Gender-*, um Personen jenseits der Zweigeschlechtlichkeit mit zu repräsentieren. Da Antifeminismus auf der Vorstellung der Zweigeschlechtlichkeit aufbaut, nutze ich für AkteurInnen aus diesem Spektrum die zweigeschlechtliche Genderung mit Binnen-I. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht auch Personen jenseits der Zweigeschlechtlichkeit AntifeministInnen sein können.

S. 42). Außerdem lehnten sie Bildungsinteressen von Frauen meist nicht komplett ab, forderten jedoch eine Fortführung der Geschlechtertrennung, mit dem Ziel exklusive Bildungseliten beizubehalten (Planert 1998, S. 34). Auch viele Beamtenorganisationen, Angestelltenverbände und der Handlungsgehilfenverband mobilisierten gegen die Frauenbewegung, insbesondere gegen die Erwerbstätigkeit von Frauen. Mit der Zeit legten jedoch die meisten Berufsverbände den Widerstand gegen ihre Kolleginnen ab, auch weil Frauen insbesondere im sich herausbildenden Dienstleistungssektor arbeiteten und damit keine Konkurrenz darstellten (Planert 1998, S. 64). Der Handlungsgehilfenverband behielt die Abwehr von Frauenerwerbsarbeit hingegen bei. Diese Abwehr verband sich mit einer völkischen Ideologie bzw. mit Antisemitismus, was sich am Ausschluss jüdischer Angestellter zeigt (Planert 1998, S. 71–73).

Zentrale Orte des Antifeminismus waren der Alldeutsche Verband und der Agrarierbund, die beide dem nationalen, deutsch-völkischen Milieu zuzuordnen sind (Planert 1998, S. 93). In ihrer Ideologie gingen Mitglieder des Alldeutschen Verbands teilweise so weit, dass sie Frauen generell absprachen, sich politisch zu engagieren, da dies nicht ihrem sogenannten Geschlechtscharakter entspreche (Hering 2003, S. 24). Viele Argumentationen seitens AntifeministInnen wiesen deutliche Verbindungen zum Rassismus und der Rassenlehre im Kaiserreich auf. So wurde in völkischen Kreisen versucht, dem vermeintlich drohenden „Rassenverfall“ durch sogenannt Höherzüchtung des Volkes entgegenzuwirken, und die Frauenbewegung, insbesondere die Frauenerwerbsarbeit und Mädchenbildung, wurde für die sinkenden Geburtenraten verantwortlich gemacht (Planert 1998, S. 83).

Antifeminismus seit 1990

Antifeministische Varianten und Wellen

Seit den 1990ern lassen sich durchaus in Kombination und Überschneidung zueinander verschiedene antifeministische Wellen, Varianten und AkteurInnen erkennen. So ist die in den 1990ern aufkommende und bis heute anhaltende Debatte um das Konstrukt der political correctness (pc) – political correctness ist stets eine Fremdzuschreibung, es gibt keine organisierte political-correctness-Bewegung – antifeministisch geprägt (Möller 1999, S. 19). Als latentes bis explizites Ziel der Debatte nennt Katrin Auer „die Abwehr feministischer Forderungen, Maßnahmen und Errungenschaften in allen sozialen und politischen Bereichen.“ (Auer 2002, S. 299) Die Anti-political-correctness-Debatte ist dabei nicht nur als antifeministisch zu verstehen, sondern weist inhaltliche Verbindungen zu weiteren Abwertungsideologien wie Rassismus und zu Themen und Diskursen der (extremen) Rechten auf (Auer 2002, S. 294).

Seit der Jahrtausendwende mobilisieren viele AntifeministInnen insbesondere gegen das sozialwissenschaftliche Gender-Konzept und Geschlechterforschung (Maihofer, Schutzbach 2015, S. 203). Teilweise beziehen sich diese AkteurInnen rhetorisch positiv auf Feminismus. Sie begrüßen feministische Errungenschaften wie das Frauenwahlrecht, betonen aber gleichzeitig, dass die Gleichstellung von Frauen mittlerweile erreicht und weitere Gleichstellungspolitik damit überflüssig sei (Maihofer, Schutzbach 2015, S. 208). Sandra Kiepels arbeitete heraus, dass die Debatte auf Zweigeschlechtlichkeit aufbaut und jegliche Hinweise auf Veränderbarkeit oder Pluralität als angebliche Zwangsmaßnahme abgewehrt wird (Kiepels 2013, S. 44–46). Ein Bezugspunkt der Debatte war u.a. das von der ehemaligen Tagesschausprecherin Eva Herman veröffentlichte Buch *Das Eva-Prinzip*. In diesem fordert sie die Rückkehr zu „klassischen“ Mutterbildern und kritisiert feministische Ansätze, da diese Geschlechtergleichheit förderten und damit der „göttlichen Ordnung“ widersprächen (Wolff 2006). In Über-

schneidung zur Debatte um Hermans Buch wurde ebenfalls 2006 intensiv über die Strategie des Gender Mainstreaming debattiert. Julia Roßhart analysierte in ihrer Magisterarbeit diese Debatte und zeigt, dass es in der Debatte nur vordergründig um Gender Mainstreaming ging. Vielmehr standen feministische Theorien und Praxis grundsätzlich zur Diskussion und es wurde gegen Gleichstellungspolitik und Feminismus argumentiert bzw. gegen selbige gehetzt (Roßhart 2008, S. 26).

Eine männerzentrierte Variante von Antifeminismus stellt Jungen und Männer ins Zentrum und als neue benachteiligte Gruppe dar. In diesem Sinne werden in der Debatte oftmals Jungen kollektiv als Bildungsverlierer dargestellt. Binnengeschlechtliche Unterschiede – beispielsweise, dass soziale, geografische oder ethnische Herkunft deutlich ausschlaggebender für den Schulerfolg ist als das Geschlecht – werden hingegen ausgeblendet (Scambor, Jauk 2018, S. 167–169). Auch die sich ab März 2012 entwickelnde Debatte um die Ankündigung der Europäischen Kommission auf eine verbindliche Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten hinzuarbeiten, war männerzentriert antifeministisch geprägt. Über diesen Beschluss wurde in vielen deutschen Tages- und Wochenzeitungen intensiv diskutiert (Kiepels 2013, S. 50–51). In vielen Artikeln wurde in Bezug auf die Frauenquote zugespitzt und dramatisiert von „Männerdiskriminierung“ oder Zwang gesprochen (Kiepels 2013, S. 67–69).

Insbesondere seit 2010 ist eine familienzentrierte Variante von Antifeminismus zu beobachten (Scheele 2016, S. 6; Buschmann et al. 2017, S. 29). In der Debatte wird gefordert, dass die bürgerliche Kleinfamilie, wobei hierunter lediglich die Konstellation („deutsche/r“, „weiße/r“) Vater-Mutter-Kind(er) verstanden wird, vor vermeintlicher Umerziehung und Sexualisierung von Kindern durch staatliche Institutionen und Feminist*innen geschützt werden müsse. Die AkteurInnen inszenieren sich dabei als VerteidigerInnen traditioneller Familien- und Geschlechterbilder, denn diese verstehen sie als natürliche bzw. je nach Ausprägung göttliche Weltordnung (Lang 2014). Innerhalb dieser Debatte wird insbesondere seitens Mitgliedern der AfD Familienpolitik als Bevölkerungspolitik verstanden. Daher wird als Gegenentwurf zu einer als krisenhaft beschriebenen demografischen Entwicklung Deutschlands das Ziel verfolgt, die Norm der heterosexuellen Mehrkindfamilie zu stärken (Lang 2015, S. 172–174).⁵

AkteurInnen

Viele antifeministische Debatten werden in großen Tages- und Wochenzeitungen geführt, was deutlich macht, dass einige konservative JournalistInnen als antifeministische AkteurInnen beschrieben werden können (Blum 2019, S. 64–65). Als explizit antifeministische Gruppe sind religiöse FundamentalistInnen, insbesondere christliche Rechte zu nennen. Der Schwerpunkt ihres Engagements liegt auf dem Kampf gegen reproduktive Rechte von Frauen, insbesondere die Mobilisierung gegen Schwangerschaftsabbrüche (Frey et al. 2014, S. 18). Außerdem lehnen christliche AntifeministInnen LSBTQIA*-Lebensweisen kategorisch ab. Nicht-konfessionell betrachtet lassen sich diese Gruppierungen dem rechtskonservativen bis extrem rechten Spektrum zuordnen (Jentsch, Sanders 2010, S. 38–39).

Darüber hinaus sind Maskulinisten als antifeministische Gruppe zu nennen. Mit dem Begriff Maskulinismus werden Gruppen und Bewegungen bezeichnet, die auf einer Ideologie der männlichen Überlegenheit aufbauen und die Aufrechterhaltung patriarchaler Machtverhältnisse zum Ziel haben (Claus 2014, S. 18). Durch gezieltes öffentliches Auftreten, beispielsweise in Onlineforen und in Kom-

⁵ Dass es den AkteurInnen, insbesondere der AfD, nicht um den Schutz aller Familien geht, sondern ihre Familienpolitik deutlich völkisch aufgeladen ist, zeigt sich u.a. an der von der Zivilen Koalition, einem klerikal-aristokratischen Netzwerk um die AfD-Politikerin Beatrix von Storch, initiierten Petition Familiennachzug stoppen (Feministisch-antifaschistischer Arbeitskreis Berlin 2017). In der Petition wird gefordert, dass der Familiennachzug von bereits in Deutschland lebenden Geflüchteten unterbunden wird. Denn sonst würden „Kettennachzüge unvorstellbaren Ausmaßes [drohen], da gerade arabische Familien eine große Anzahl von Personen aufweisen.“ (Zivile Koalition o. J.)

mentarspalten großer Leitmedien, gelingt es Maskulinisten, Diskussionen mit ihren Themen zu dominieren und Antidiskriminierungsprojekte unter erhöhten Legitimationsdruck zu stellen. Einige Maskulinisten fordern bspw. die Schließung von Frauenhäusern, da diese Orte des Männerhasses seien. Diese Hetze mündet teilweise in direkten Angriffen, indem Adressen anonymer Frauenhäuser auf maskulinistischen Portalen veröffentlicht werden (Claus 2014, S. 13). Aktuell lässt sich das Erstarken eines Maskulinismus beobachten, der sich durch eine unmittelbare Frauenverachtung auszeichnet. Hier sind zum einen sog. Pick-up-Artists zu nennen, die in Seminaren vermitteln, wie sie Frauen teils mit Gewalt zu sexuellen Handlungen manipulieren bzw. drängen. Sexuelle Gewalt gegen Frauen wird relativiert, sich teils damit gebrüstet und vereinzelt die Straffreiheit von Vergewaltigungen im privaten Raum gefordert (Oestreich 2014). Eine weitere maskulinistische Gruppierung sind die sogenannten Incel (Abkürzung für involuntary celibacy = unfreiwillige Enthaltbarkeit). In ihrer Vorstellung haben Männer ein Anrecht auf Sex mit Frauen. Incels organisieren sich insbesondere online, tauschen sich über ihr frustrierendes Sexleben aus, für das sie Feministinnen bzw. Frauen generell verantwortlich machen. In den USA gab es bereits mehrere (Terror)anschläge mit zahlreichen Toten aus dem Umfeld der Incels (Clute-Simon, Kracher 2018; Kracher 2020). Auch bei Terrorangriffen wie in Hanau am 19. Februar 2020, bei dem der Täter neun Menschen⁶ aus rassistischen Motiven und seine Mutter erschoss, lässt sich mindestens eine ideologische Nähe zu Incel-Positionen erkennen (Haaf 2020).

Außerdem sind sämtliche AkteurInnen der (extremen) Rechten als AntifeministInnen zu verstehen. Denn ihr Weltbild baut großteils auf dem Ideal der Volksgemeinschaft auf. Neben der Abgrenzung nach außen durch Rassismus und Antisemitismus ist die Volksgemeinschaft durch eine binäre Geschlechterordnung geprägt und baut auf der heterosexuellen Kleinfamilie als anzustrebende Norm auf. Besonders zugespitzt zeigt sich die Melange aus Antifeminismus und rechten Einstellungen anhand rechter Terroranschläge, bei denen neben Rassismus und Antisemitismus regelmäßig auch Antifeminismus und Misogynie eine zentrale Rolle im Tatmotiv spielen. So waren bei den Anschlägen auf zwei Moscheen zu Beginn 2019 in Christchurch/Neuseeland oder auf die Insel Utøya und in Oslo im Juli 2011 die rassistisch und antifeministische Verschwörungserzählung eines vermeintlich „großen Austauschs“ aufgrund von Migration und genereller Frauenhass zentrale Motive (u.a. Claus 2014, S. 13). Auch der Attentäter des Terroranschlags auf eine Synagoge und einen Dönerimbiss an Jom Kippur 2019, bei dem der Täter Jana L. und Kevin S. erschoss und mehrere Menschen schwer verletzte, zeigt deutlich die in rechter Ideologie inhärente Verschränkung von Antifeminismus mit Antisemitismus, Rassismus und weiteren Ideologien der Ungleichheit. So nennt der Attentäter in seinem während der Tat gefilmten Video als einen Grund für seinen antisemitischen und rechten Terror, dass der Feminismus Schuld an der niedrigen Geburtenrate *weißer* Menschen sei, was zu Masseneinwanderung führe. Er vervollständigte dieses Verschwörungsdenken: Schuld daran seien die Juden (Gensing, Schwarz 2019).

Eine gemeinsame Mobilisierung verschiedenster AkteurInnen, insbesondere aus dem christlich-fundamentalistischen Milieu, fand durch die Proteste gegen die Neufassung des Bildungsplans für das Schuljahr 2015/16 in Baden-Württemberg statt (Teidelbaum 2015, S. 12). Neben einer großen Online-Petition, die das Ziel hatte, die Akzeptanz sexueller Vielfalt als Querschnittsthema im Bildungsplan zu verhindern, gab es in Stuttgart Proteste mit bis zu 2.000 Personen (Teidelbaum 2015, S. 6). Unter anderem beteiligten sich daran organisierte Neonazis und Maskulinisten (Lang 2014), außerdem wurden Grußworte der FDP und CDU gesendet (Frey et al. 2014, S. 10). Juliane Lang und Ulrich Peters sehen

⁶ Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Said Nesar Hashemi, Fatih Saraçoğlu.

„die Gefahr dieser »Allianzen« nicht in der offenen Unterstützung von Seiten der neonazistischen Rechten, sondern darin, dass hier anlassbezogen Bündnisse geschmiedet werden, die sich inhaltlich nicht weit entfernt von völkischen Familienpolitiken bewegen.“ (Lang, Peters 2014)

Gemeinsame Betrachtung

Die Untersuchung antifeministischer Kontinuitäten zeigt, dass AntifeministInnen stets von der Norm des männlichen Familienernährers ausgehen. Frauenerwerbsarbeit droht diese Norm infrage zu stellen. In Diskussionen um Frauenerwerbsarbeit fokussieren AntifeministInnen ausschließlich die befürchteten Auswirkungen für Männer: Im Kaiserreich wurde seitens AntifeministInnen vor einer weiblichen „Schmutzkonkurrenz“ gewarnt und mit dieser Behauptung Frauen teilweise der Zugang zu Berufsverbänden wie dem Deutschen Handlungsgehilfenverband verwehrt (Planert 1998, S. 72–73). Heute wenden AntifeministInnen bspw. gegen Forderungen nach Frauenquoten oder generell Frauenförderung ein, dass dies zu Männerdiskriminierung führe oder warnen vor „lauter verlorenen Männern“ (Kiepels 2013, S. 66–69).

Darüber hinaus versuchen AntifeministInnen zu verschiedenen Zeiten Sexualität zu normieren. AntifeministInnen im Kaiserreich ging es darum, die Liberalisierung von Sexualität – insbesondere weiblicher Sexualität – zu verhindern (Planert 1998, S. 115). Aktuell werden von einem Großteil der AntifeministInnen jegliche Varianten abseits von Heterosexualität als nicht gleichwertig stigmatisiert und je nach Ausrichtung als widernatürlich (Lehnert 2011, S. 95) oder als im Widerspruch zur göttlichen Ordnung behauptet (Wolff 2006). Darüber hinaus wird Sexualaufklärung von Kindern, die u.a. der Prävention vor sexuellen Übergriffen dient, als „Frühsexualisierung“ dargestellt (Laumann, Debus 2018, S. 278–281). Nahezu alle Varianten von AntifeministInnen teilen das Ideal der heterosexuellen Kleinfamilie und versuchen, Frauen auf ihre potentielle Mutterschaft festzuschreiben. In diesem Sinne wendeten AntifeministInnen im Kaiserreich gegen die höhere Frauenbildung ein, dass diese Mädchen/Frauen unfruchtbar mache (Planert 1998, S. 87). Heute wird von AntifeministInnen kritisiert, dass Frauen sich besser auf ihre Rolle als (potentielle) Mutter besinnen sollten, anstatt „Karriere“ zu machen (Roßhart 2008, S. 21). In ähnlicher Weise wird gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare mobil gemacht und vor der Bedrohung der heterosexuellen Familie gewarnt (Teidelbaum 2015, S. 11).

Darüber hinaus ist zu beobachten, dass Antifeminismus eng mit Bevölkerungs- und Geburtenpolitik zusammenhängt. Der Frauenbewegung wurde bereits im Kaiserreich vorgeworfen, dass sie für einen vermeintlichen Bevölkerungsrückgang verantwortlich sei (Planert 1998, S. 113–115) und auch heute werden bspw. in Diskussionen über den demografischen Wandel feministische Bewegungen und Errungenschaften als Grund für eine überalterte Gesellschaft genannt (Lang 2015, S. 172–174). Diese Verknüpfung von Antifeminismus und Bevölkerungspolitik spitzt sich, wie beschrieben auf drastische Weise in aktuellen Varianten des Rechtsterrorismus zu. Die Verknüpfung von Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus tritt nicht nur bei rechtsterroristischen Anschlägen zutage. Vielmehr zeigt sich, dass Antifeminismus stets mit weiteren Ungleichheits- und Abwertungsideologien wie Antisemitismus, Rassismus, LSBTQIA*-Feindlichkeit und Klassismus zusammenhängt (Auer 2002, S. 294; Culina 2018, S. 92; Fedders 2018, S. 215; Jentsch, Sanders 2010, S. 41–44; Planert 1998, S. 14–17, 71, 91; Raggam-Blesch 2003, S. 16; Stögner 2014, S. 143; Thorn 2007, S. 3; Volkov 2001, S. 72). Außerdem ist festzuhalten, dass Antifeminismus stets von einem breiten politischen und gesellschaftlichen Spektrum geteilt wird. Im Kaiserreich war Antifeminismus als soziale Norm zu verstehen (Volkov 2001,

S. 78). Aktuell fungiert Antifeminismus als Bindeglied konservativer bis religiöser und (extrem) rechter Bewegungen (Buschmann et al. 2017, S. 96; Feministisch-antifaschistischer Arbeitskreis Berlin 2017; Scheele 2014, S. 6).

Antifeminismus-Definition

Ausgehend von meiner bisherigen Betrachtung leite ich folgende Definition von Antifeminismus ab, die sich in leicht veränderter Variante in meinem Buch *Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus* findet:

1. Antifeminismus ist als Gegenbewegung zu emanzipatorischen Gesellschaftsveränderungen, insbesondere hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses (→ Feminismus), zu verstehen. Daher verfolgen viele AntifeministInnen das Ziel, die Geschlechterverhältnisse einer idealisierten Vergangenheit wiederherzustellen.
2. AkteurInnen, die dem Antifeminismus zuzurechnen sind, wehren jede Verunsicherung eines als binär und natürlich konstruierten Geschlechterverhältnisses ab. Dies geschieht oft, indem (*weiße*) Frauen auf die Mutterschaft reduziert werden und ihnen die Aufgabe zugeschrieben wird, einem mutmaßlichen Bevölkerungsschwund durch Mutterschaft entgegenzuwirken.
3. Antifeminismus ist nicht gleichbedeutend mit jeder Form von Sexismus, baut aber auf dieser Diskriminierungsform auf und erweitert diesen um ein organisationsförmiges Auftreten, das oft kollektivstiftend wirkt. Dies wird zumeist durch eine Opferideologie erreicht, die einen übermächtigen feministischen Feind konstruiert und mit Verschwörungserzählungen arbeitet. Oft äußert sich Antifeminismus in antisemitischen Codes.
4. Antifeminismus tritt in verschiedenen politischen Strömungen auf. AntifeministInnen beziehen sich teilweise auf biologistische, teilweise auf religiöse Behauptungen. Oft wird mit einem alltäglichen Geschlechterwissen argumentiert und aus aktuellen Geschlechterverhältnissen deren Natürlichkeit und Ursprünglichkeit abgeleitet.
5. Antifeminismus hängt eng mit anderen Ungleichheitsideologien wie Rassismus, Homo- und Transfeindlichkeit und Antisemitismus zusammen. Daher erstarkt Antifeminismus auch in Zeiten, in denen diese Ungleichheitsideologien ebenfalls Konjunktur haben. Dies ist insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher und ökonomischer Veränderungen und Verunsicherung der Fall.
6. Antifeminismus gelingt es, gesellschaftliche Diskurse zu beeinflussen und antifeministische Aussagen (wieder) salonfähig zu machen.

Ausblick

Die grundlegende These meiner Forschungen ist, dass es notwendig ist, einen Blick auf gesellschaftliche Kontinuitäten zu legen, um aktuelle Entwicklungen besser einordnen zu können. Machen wir uns klar, woher antifeministische Debatten kommen und wer sie früher schon auf welche Weise geführt hat, sind gesellschaftliche Entwicklungen teils sogar absehbar. Die Behauptung einer Überfremdung, für die der Feminismus verantwortlich sei, ist zentraler Bestandteil rechter Mobilisierungen bis hin zum Motiv für rechte Terroranschläge. Dieser Vorwurf wurde bereits der Frauenbewegung im Kaiserreich gemacht. Die Untersuchung antifeministischer Kontinuitäten hilft, Antifeminismus besser zu verstehen, und ermöglicht es, dass Politik, Bildungsarbeit und Zivilgesellschaft präventiv gegen Antifeminismus und (extrem) rechtes Denken vorgehen können. Um weitere Kontinuitäten und möglich-

erweise auch Brüche im deutschen Antifeminismus genauer erkennen zu können, untersuche ich daher in meiner Dissertation Antifeminismus in Westdeutschland zwischen 1945 und 1990 systematisch.

Literaturverzeichnis

- Auer, Katrin. 2002. „Political Correctness“ – ideologischer Code, Feindbild und Stigmawort der Rechten. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31:291–303.
- Blum, Rebekka. 2019. *Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus*. Hamburg: Marta Press.
- Buschmann, Ronja et al. 2017. *Peggy war da! Gender und Social Media als Kitt rechtspopulistischer Bewegungen*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Claus, Robert. 2014. *Maskulismus. Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Clute-Simon, Arved, und Veronika Kracher. 2018. Antifeministische Online-Community: Todeszone Mann taz.de. <http://www.taz.de/!5499524/> (Zugegriffen: 19. Jan. 2019).
- Culina, Kevin. 2018. Verschwörungsdenken, Antifeminismus, Antisemitismus. Die Zeitschrift Compact als antifeministisches Diskursorgan. In *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*, Hrsg. Juliane Lang und Ulrich Peters, 91–116. Hamburg: Marta Press.
- Dohm, Hedwig. 1902. *Die Antifeministen. Ein Buch der Verteidigung*. Berlin: Ferd. Dümmlers Verlagsbuchhandlung.
- Fedders, Jonas. 2018. „Die Rockefellers und Rothschilds haben den Feminismus erfunden.“ Einige Anmerkungen zum Verhältnis von Antifeminismus und Antisemitismus. In *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*, Hrsg. Juliane Lang und Ulrich Peters, 213–232. Hamburg: Marta Press.
- Feministisch-antifaschistischer Arbeitskreis Berlin. 2017. Antifeministische Verschwörungsideologien. *Antifaschistisches Infoblatt* 114.
- Frey, Regina, Marc Gärtner, Manfred Köhnen, und Sebastian Scheele. 2014. *Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie: Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse*. 2., aktualisierte Auflage. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Gensing, Patrick, und Karolin Schwarz. 2019. Angriffe in Halle. Stream voller Hass. *tagesschau.de*, Oktober 9 <https://www.tagesschau.de/inland/halle-taeter-101.html>.
- Haaf, Meredith. 2020. Was hinter dem Frauenhass rechter Attentäter steckt. *Süddeutsche Zeitung*, 23. Februar 2020.
- Henninger, Annette, und Ursula Birsl. 2020. *Antifeminismen, Krisen'-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?* Bielefeld: transcript.
- Hering, Rainer. 2003. „Es ist verkehrt, Ungleichen Gleichheit zu geben“ Der Alldeutsche Verband und das Frauenwahlrecht. *Ariadne* 43:22–29.
- Jentsch, Ulli, und Eike Sanders. 2010. „Deutschland treibt sich ab“ – Christlicher Antifeminismus und „Lebensschutz“-Organisationen in Berlin. In *Berliner Zustände 2010 Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antifeminismus*, Hrsg. antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. APABIZ und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, 38–46. Berlin. apabiz • antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin.
- Kiepels, Sandra. 2013. *Antifeminismus im Zeitungsdiskurs von 1980– 2013: Untersuchung und Vergleich der antifeministischen Diskursstrategien in den Zeitungsdebatten über den „Backlash“, „Political Correctness“, „Gender Mainstreaming“ und die Frauenquote*. Hamburg: Diplomica-Verlag.

- Lang, Juliane. 2014. Antifeminismus in Bewegung. Extrem rechte Geschlechterpolitiken und ihre Anschlussfähigkeiten. *LOTTA*. <https://www.lotta-magazin.de/ausgabe/57/antifeminismus-bewegung> (Zugegriffen: 14. Dez. 2017).
- Lang, Juliane. 2015. Familie und Vaterland in der Krise. Der extrem rechte Diskurs um Gender. In *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, Hrsg. Paula-Irene Villa und Sabine Hark, 167–181. Bielefeld: transcript.
- Lang, Juliane, und Ulrich Peters. 2014. Gegen jeden Genderismus. Familienpopulismus erhält neuen Aufwind. *Antifaschistisches Infoblatt* 104.
- Laumann, Vivien, und Katharina Debus. 2018. „Frühsexualisierung“ und „Umerziehung“? Pädagogisches Handeln in Zeiten antifeministischer Organisierung und Stimmungsmache. In *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*, Hrsg. Juliane Lang und Ulrich Peters, 275–302. Hamburg: Marta Press.
- Lehnert, Esther. 2011. „Angriff auf Gender Mainstreaming und Homo-Lobby“ - der moderne Rechtsextremismus und seine nationalsozialistischen Bezüge am Beispiel der Geschlechterordnung. In *„Was ein rechter Mann ist ...“: Männlichkeiten im Rechtsextremismus*, Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hrsg. Robert Claus, Esther Lehnert und Yves Müller, 89–99. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Maihofer, Andrea, und Franziska Schutzbach. 2015. Vom Antifeminismus zum „Anti-Genderismus“. Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz. In *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Gender studies*, Hrsg. Sabine Hark und Paula-Irene Villa, 201–219. Bielefeld: transcript.
- Möller, Simon. 1999. *Sexual correctness: die Modernisierung antifeministischer Debatten in den Medien*. Opladen: Leske + Budrich.
- Oestreich, Heide. 2014. Seminar von Pick-up Artists in Berlin: Rumkriegen mit allen Mitteln. *Die Tageszeitung: taz*, November 13 <https://www.taz.de/!5028851/> (Zugegriffen: 19. Jan. 2019).
- Planert, Ute. 1998. *Antifeminismus im Kaiserreich: Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Raggam-Blesch, Michaela. 2003. Der „Fehlende Ort“ Frauenbewegte Jüdinnen zwischen Antisemitismus und Antifeminismus im Wien der Jahrhundertwende. *Ariadne* 43:14–21.
- Roßhart, Julia. 2008. *Bedrohungsszenario „Gender“: gesellschaftliches Geschlechterwissen und Antifeminismus in der Medienberichterstattung zum Gender Mainstreaming* (Magisterarbeit, Universität Potsdam).
- Scambor, Elli, und Daniela Jauk. 2018. „Mander es isch Zeit.“. Antifeministische Positionen im österreichischen Männerrechtsdiskurs. In *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*, Hrsg. Juliane Lang und Ulrich Peters, 159–188. Hamburg: Marta Press.
- Scheele, Sebastian. 2014. Gender-Ideologie? Welche Fragen der Ideologie-Vorwurf aufwirft und warum gerade die Gender Studies einiges zu den Antworten beitragen. In *Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie: Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse*, Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Hrsg. Heinrich Böll Stiftung, 40–50. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Scheele, Sebastian. 2016. Von Antifeminismus zu „Anti-Genderismus“? Eine diskursive Verschiebung und ihre Hintergründe. In *„Gegner*innenaufklärung – Informationen und Analysen zu Anti-Feminismus“*. Berlin: Gunda-Werner-Institut.
- Stögner, Karin. 2014. *Antisemitismus und Sexismus: historisch-gesellschaftliche Konstellationen*. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Teidelbaum, Lucius. 2015. „Kein Bildungsplan unter der Ideologie des Regenbogens“ Homo- und Transphobe Straßenproteste gegen den Entwurf eines neuen Bildungsplans ins Stuttgart. In *Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg*, Reihe antifaschistischer Texte, Hrsg. Lucie Billmann, 6–15. Stuttgart: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

- Thorn, Christiane. 2007. „Gender Mainstreaming“ im Gegenwind: Die Kontroverse in den Medien und Möglichkeiten feministischer Gegenrede(n). <http://www.genderkompetenz.info/w/files/sozak/thorngenderdiskursemai07.pdf> (Zugegriffen: 14. Dez. 2017)
- Volkov, Shulamit. 2001. *Das jüdische Projekt der Moderne: zehn Essays*. Originalausg. München : C.H. Beck.
- Wolff, Rochus. 2006. Schuld war nur der Feminismus. Im rosa Kampfanzug: Eva Herman gibt das Strohpüppchen einer neuen reaktionären Familienpolitik. Eine Erledigung | Wolff | *querelles-net*. *querelles-net Rezensionsschrift für Frauen- und Geschlechterforschung*. <https://www.querelles-net.de/index.php/qn/article/view/485/493> (Zugegriffen: 14. Dez. 2017).
- Zivile Koalition. o. J. Familiennachzug stoppen. www.zivilekoalition.de. <http://www.zivilekoalition.de/initiativen/familiennachzug-stoppen/> (Zugegriffen: 2. Nov. 2017).